



13.10.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am vergangenen Samstag sind Terroristen der Hamas in das Staatsgebiet Israels eingedrungen und haben Zivilistinnen und Zivilisten, darunter viele Frauen und sogar Kleinkinder bestialisch ermordet, vergewaltigt oder in den Gaza-Streifen entführt. Alleine auf einem Festival des Friedens, wo vor allem viele junge Menschen gefeiert haben, wurden über 250 Menschen getötet.

Niemals seit der Shoa wurden an einem Tag mehr Jüdinnen und Juden getötet als vergangenen Samstag - auch das unterstreicht das traurige historische Ausmaß dieser Verbrechen.

Diese Gräueltaten sind durch nichts und niemanden zu rechtfertigen. **Meine Gedanken sind bei all den Menschen und ihren Familien, Freundinnen und Freunden in Israel: Wir stehen solidarisch an ihrer Seite.**

Aber auch an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland deren Schutz wir verstärkt haben und verstärken müssen. Jede Form von Antisemitismus und Antiisraelismus sind nicht tolerierbar.

Es beschämt und erfüllt mich mit Abscheu, dass Menschen diesen terroristischen Angriff auf Frauen, Kinder, Männer - auch in Deutschland - feiern. **Das ist absolut inakzeptabel, es ist strafbar und muss geahndet und wo immer möglich bereits im Vorfeld unterbunden werden.**

Dies darf nicht über die vielen Solidaritätsadressen muslimischer Menschen in Deutschland an Israel hinwegtäuschen. Niemand darf diesen Angriff nutzen und Terroristen mit Palästinensern gleichsetzen oder die fehlenden klaren Worte mancher muslimischer Verbände in Deutschland mit der Haltung aller Muslime in Deutschland gleichsetzen.

Die Gefahr eines Flächenbrands ist groß: Auch im Norden Israels gibt es Konflikte mit der Terrororganisation Hisbollah, die aus dem Libanon operiert und bereits Raketen auf Israel geschossen hat. Die Sicherheit und territoriale Integrität Israels sind deutsche Staatsräson. Israel hat jedes Recht dazu seine Grenzen und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Olaf Scholz hat es gestern in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht: Deutschland steht fest an der Seite Israels und wird jedwede Unterstützung leisten, die zur Sicherheit Israels beiträgt. Zudem hat er angekündigt, dass ein Betätigungs – und Organisationsverbot für die Hamas und ihre Unterstützungsorganisationen sowie

für das Netzwerk Samidoun erlassen wird. Dies ist längst überfällig gewesen – gut, dass es jetzt schnell kommt.

[\(Hier geht es zu seiner Regierungserklärung\)](#)

Gleichzeitig dürfen wir diplomatisch nichts unversucht lassen, damit die Lage nicht weiter eskaliert. Unser Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich hat zudem angekündigt, dass Deutschland alles was erforderlich und gewünscht ist zur Verfügung stellen wird. [\(Hier geht es zu seiner Rede\)](#) Zudem müssen wir alles unternehmen, damit die Geiseln, die sich aktuell noch in Gaza befinden und unter denen auch deutsche, europäische und amerikanische Staatsangehörige sind, freigelassen werden. Wir bangen und hoffen mit ihren Familien und Freunden.

Wir haben als Ampelfraktionen mit der Union gemeinsam einen Antrag geschrieben und beschlossen, der unsere Solidarität gegenüber Israel und allen Bürgerinnen und Bürgern bestärkt. Es ist ein gutes Zeichen, dass alle demokratischen Fraktionen in einer solch schweren Zeit zusammenstehen, gemeinsam ihre Solidarität ausdrücken und ein starkes Signal senden. [\(Hier geht es zu dem gemeinsamen Antrag.\)](#)



Wir haben in dieser Sitzungswoche einiges auf den Weg gebracht. Multinationale Unternehmen und Konzerne zahlen häufig nur geringe Steuern, indem sie ihre Gewinne in Steueroasen verschieben. Diesem Vorgehen schieben wir mit einer **globalen Mindeststeuer** den Riegel vor. Bereits 2021 haben wir uns auf internationaler Ebene der OECD und den G20 Staaten auf einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent geeinigt. Damit dies einheitlich in der EU umgesetzt wird, haben wir in dieser Woche ein Gesetz in erster Lesung beraten, der die europäische Richtlinie der EU umsetzt. Die Mindestbesteuerung gilt für alle international tätigen Unternehmen und große inländische Gruppen mit einem jährlichen Umsatz über 750 Millionen Euro. Künftig werden sämtliche Gewinne, die ein Konzern weltweit erwirtschaftet, mit 15 Prozent versteuert, ganz egal, wo sie entstehen.

## INTERNATIONALE KONZERNE GERECHT BESTEUERN!

Wir setzen die globale  
Mindestbesteuerung um.

**SPD** Fraktion im  
Bundestag

## Wärmewende gemeinsam meistern!



Die **kommunale Wärmeplanung** zeigt Euch, welche Heizungslösungen in Eurer Straße künftig möglich sind.



Große Städte haben dafür bis Mitte 2026 Zeit, kleinere Kommunen bis Mitte 2028.



Auf dieser Basis könnt Ihr dann die **für Euch beste Option wählen** – z.B. Fernwärme, Wärmepumpe oder Bioenergie.

Heute haben wir den von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzentwurf zur Wärmeplanung im Bundestag beraten. In den nächsten Monaten bearbeiten wir den Entwurf in den Fachausschüssen weiter.

**SPD** Fraktion im  
Bundestag

Nach dem Beschluss des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) ([Hier geht es nochmals zu allen Details](#)) haben wir in dieser Woche die damit eng-verzahnte **kommunale Wärmeplanung** auf den Weg gebracht. Bis zum Jahr 2028 müssen alle Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (Großstädte darüber bereits bis 2026) eine kommunale Wärmeplanung vorliegen haben. Dadurch können alle Bürgerinnen und Bürger sehen, welche Möglichkeiten es für ihre individuelle Wohnsituation gibt, um eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu beziehen. Ein wichtiger Schritt, damit wir die Klimaschutzziele bis 2045 erreichen.

Mit dem **Wachstumschancengesetz** regen wir Investitionen und Innovationen aller Unternehmen in Deutschland an. Als zentrales Instrument wird es eine Investitionsprämie zur Förderung von Aufwendungen für

Energieeffizienzmaßnahmen geben. Unternehmen können 15 Prozent dieser Maßnahmen als Zuschuss des Bundes erhalten. Zudem verbessern wir die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung. Damit nehmen wir kleine und mittlere Unternehmen gesondert in den Blick, indem dort der Förderbetrag von bisher 25 auf dann 35 Prozent für Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen steigen wird.

Am vergangenen Sonntag haben Hessen und Bayern einen neuen Landtag gewählt. Das Ergebnis ist für uns als Sozialdemokratie enttäuschend. Leider haben wir es nicht geschafft, mit unseren hessischen Themen durchzudringen und zu verdeutlichen, was wir für Hessen erreichen wollen. Wir haben die Menschen nicht erreicht. Zu stark war die mediale Kampagne gegen die Ampel, gegen uns und unsere Spitzenkandidatin. Dazu die aktuelle Migrationsdebatte, die leider nicht immer sachlich geführt werden konnte. Wir hatten dem zu wenig entgegensetzen und konnten mit unseren Themen nicht überzeugen. Aus unseren Fehlern müssen wir lernen und weiter um das Vertrauen und für unsere Themen für ein besseres Hessen kämpfen.

Das was allen demokratischen Parteien zu denken geben sollte, ist das starke Abschneiden der AfD. Jeder vierte hat im Lahn-Dill-Kreis eine rechtsextreme Partei gewählt. Das beunruhigt mich zu tiefst und gibt uns eine klare Aufgabe für die Zukunft mit: Wir müssen endlich durchdringen mit dem, was wir alles bereits getan haben und die Streitigkeiten der Ampel bei Seite legen. Hier sind jetzt alle in Verantwortung, dass uns das gelingt. Ich bedanke mich bei allen Ehrenamtlichen, die in den vergangenen Wochen für die Sozialdemokratie gekämpft haben. Ich gratuliere Stephan Grüger, der erneut für den nördlichen Lahn-Dill-Kreis dem kommenden Landtag angehören wird. Cirsten Kunz ist die erste Nachrückerin der Landesliste und hat gute Chancen über die Legislatur hinweg nachzurücken, was ich ihr von ganzem Herzen wünsche.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt